

WIRTSCHAFTSWACHSTUM IST KEIN ALLHEILMITTEL MEHR

Seit vor fast vierzig Jahren der Club of Rome die Studie „Die Grenzen des Wachstums“ von Dennis Meadows veröffentlichte, ist eine lange Reihe von theoretischen und empirischen Arbeiten erschienen, die sich kritisch mit dem Dogma des kontinuierlichen Wirtschaftswachstums auseinandergesetzt haben. Sie weisen auf die Endlichkeit natürlicher Ressourcen, auf die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Gefährdung von Klima und Artenvielfalt ebenso wie auf die Bedrohung des sozialen Friedens hin. Obwohl das Wort Nachhaltigkeit inzwischen in kaum einer Rede von Politikern und in keinem CSR Report von Unternehmen fehlt und in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen eine starke Rolle spielt, ändert sich am Wachstumsziel von Politik und Wirtschaft nichts.

Größer als die Angst vor Naturkatastrophen oder einem weiteren nuklearen Supergau scheint die Angst davor zu sein, dass das wachstumsbasierte Wirtschaftssystem kollabiert. Wachstum wird als der einzige wirkliche Garant für Wohlstand und ein gutes Leben betrachtet. Das gilt sowohl für die Erhaltung des Wohlstands in den wohlhabenden westlichen Ländern, als auch für die Steigerung des Wohlstands, oder doch zumindest das Überwinden der Armut, in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

Im Rahmen von Akademietagungen und Kongressen wurde diskutiert, ob es Wohlstand ohne Wachstum geben könne und wie eine Gesellschaft und ihre Wirtschaft aussehen könnten, die sich vom Leitbild des ressourcenintensiven Wachstums verabschieden, ohne das Ziel eines guten Lebens für möglichst viele Menschen aufzugeben. Nicht nur in Deutschland werden Leitbilder und Entwicklungspfade hin zu einer Post-Wachstumsgesellschaft entworfen. In Frankreich gibt es eine De-Croissance Bewegung, in England bekam die Frage nach „prosperity without growth“ zum Beispiel durch den Stern-Report einen kräftigen Schub. Selbst in den USA gibt es Ansätze zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Wachstumsziel.

DAS WACHSTUMSZIEL MACHT POLITIK

„Ich will, dass wir alles versuchen, jetzt schnell und entschlossen die Voraussetzungen für neues und stärkeres Wachstum zu schaffen.“¹⁴ Das war einer der zentralen Sätze in der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Beginn der laufenden Legislaturperiode. Diesem Satz voraus gegangen war die Auflistung der Probleme, vor die sich die Koalition aus CDU und FDP gestellt sah und ein kurzer Hinweis auf ebenfalls erwogene, aber als untauglich erkannte Alternativen zur Lösung dieser Probleme.

Sie fuhr fort: „Wachstum zu schaffen, das ist das Ziel unserer Regierung. ...Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne

Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und umgekehrt: Mit Wachstum Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder für die Bildung, Hilfe für die Schwachen und – am wichtigsten – Vertrauen bei den Menschen. Das ist meine Überzeugung“

Diese Überzeugung beruhte auf den früheren Erfolgen der deutschen Wirtschaftspolitik, die über Jahre auf Exportüberschüsse gesetzt und sich bis 2009 mit dem Titel „Exportweltmeister“ geschmückt hatte. Die wachsenden Leistungsbilanzungleichgewichte waren neben „deregulierten und liberalisierten Finanzmärkten, falschen Anreizen, Herdenverhalten der wirtschaftlichen Akteure“ einer der entscheidenden Auslöser der Wirtschaftskrise.¹⁵ Sie wurden allerdings, im Gegensatz zu den Faktoren der zunehmenden Finanzmarktorientierung der Wirtschaftspolitik, kaum beachtet und bis heute kaum in die Regulierungsansätze von Politik einbezogen.

Im Gegenteil: Aus ihrer ungebrochenen Überzeugung heraus, dass allein mit Wirtschaftswachstum die anstehenden Probleme zu lösen seien, begann die neue Bundesregierung 2009 ihre Arbeit mit einem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“.¹⁶ Es umfasste eine Mischung aus Steuersenkungen für private Haushalte und Unternehmen, die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen, Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen sowie die steuerliche Entlastung bei Erbschaften für Geschwister und Geschwisterkinder.

Im Rahmen mehrerer Konjunkturprogramme wurden die Förderung von Bildungseinrichtungen sowie von Verkehrs-Infrastrukturmaßnahmen von Kommunen und Ländern durch den Bund beschlossen. Gezielt zur Stabilisierung der Automobilindustrie wurde die so genannte Umweltprämie für das Verschrotten von mehr als neun Jahre alten PKWs beim Kauf eines Neuwagens eingeführt. Zur Bekämpfung der drohenden Arbeitslosigkeit wurde in Kooperation mit den Tarifpartnern eine deutliche Verlängerung und Ausweitung des Kurzarbeitergeldes umgesetzt.

Diese Maßnahmen waren vor allem darauf ausgerichtet, kurzfristig einen massiven Einbruch der Beschäftigung und der Binnennach-

frage zu verhindern. Durch die konjunkturellen Einbrüche als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise in wichtigen Handelspartnerländern und die deshalb stark reduzierte Nachfrage nach deutschen Exportgütern, zeigte sich die überproportionale Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit blieb in Deutschland, im Vergleich zu den USA und europäischen Nachbarländern, tatsächlich deutlich niedriger als zunächst befürchtet. Durch das Festhalten an erfahrenen, qualifizierten Beschäftigten, das durch die erweiterte Kurzarbeitergeldregelung ermöglicht wurde, konnten die deutschen Unternehmen außerdem sehr schnell auf die Verbesserung der Auftragseingänge reagieren. Dies war ein maßgeblicher Faktor für das überproportionale deutsche Wirtschaftswachstum in 2010 und 2011.

Insgesamt wurde das Wachstumsprogramm als Erfolg bewertet. Grundsätzliche strukturelle Konsequenzen als Reaktion auf die Risiken, die mit einer hohen Exportabhängigkeit und den weiter bestehenden Leistungsbilanzungleichgewichten verbunden sind, wurden nicht gezogen.

Der Erfolg der deutschen, exportorientierten Wirtschaftspolitik mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss setzt voraus, dass es Länder mit einem Leistungsbilanzdefizit gibt, die durch schuldenfinanzierte Konsumnachfrage diesen Überschuss weiterhin ermöglichen. Da rund 60 Prozent des deutschen Exports in andere EU-Länder geht und ca. 40 Prozent in Länder des Euroraums, in denen – nicht zuletzt auf deutschen und internationalen Druck hin – die Überschuldung reduziert werden soll, entsteht hier ein offensichtlicher Zielkonflikt und logischer Widerspruch in der Ausrichtung der Politik.¹⁷

Durch die erfolgreiche Abwehr der befürchteten Massenarbeitslosigkeit war auch das Problem der seit den achtziger Jahren wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichheit zulasten der Arbeitnehmerinkommen in den Hintergrund gedrängt worden. Dies zeigte sich in Untersuchungen der Europäischen Kommission sowie in OECD-Studien nicht nur für Deutschland. Die wachsende Dominanz der Finanzmärkte und die mit der Globalisierung einhergehende De-

regulierung führten in den westlichen Industrieländern zu sinkenden Arbeitseinkommensquoten und zu stagnierenden, teilweise sinkenden Realeinkommen, insbesondere bei den unteren und mittleren Einkommensgruppen.

Die Umverteilung zulasten der unteren Arbeitseinkommen wiederum steht einer Stärkung der Binnennachfrage und damit einer Reduktion der Exportabhängigkeit der Wirtschaft entgegen. Dabei hatte sich in der Krise gezeigt, dass gerade die Stärkung der Konsumbereitschaft und Konsumfähigkeit der privaten Haushalte, wie auch die Investitionsfähigkeit insbesondere der Kommunen, mit ihren positiven Multiplikatoreffekten für die regionale Wirtschaft, zu einer Stabilisierung der Wirtschaft insgesamt wesentlich beigetragen haben.

DIE ADJEKTIVE DES WACHSTUMS

Vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise hatte es bereits eine breite Debatte um eine Abkehr von der kapitalgetriebenen und maßgeblich auf kurzfristige, betriebswirtschaftliche Erfolge ausgerichteten Wachstumspolitik gegeben. Wachstum sollte „qualitativ, nachhaltig oder grün werden“. Seit 2007 haben SPD und CDU neue Grundsatzprogramme erarbeitet, die einen deutlich kritischeren Blick auf Wachstum beinhalten, als er sich bisher tatsächlich in der Politik niederschlägt.¹⁸

Mit der Einrichtung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat die Bundesregierung der wachsenden Erkenntnis Rechnung getragen, dass weder das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein ausreichender Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand, noch das Wachstum des BIP eine sinnvolle Zielgröße für politisches und wirtschaftliches Handeln sein und bleiben kann. Die Kommission soll „den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft ermitteln, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator entwickeln und die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt

ausloten“.¹⁹ Entscheidend ist hier vor allem, dass das Wachstum des BIP an sich nicht mehr das primäre Ziel ist, mit dessen Erreichung sich alle andere Probleme „wie von selbst“ lösen, sondern dass es um „ganzheitlichen Wohlstand“ und damit um ein gutes Leben für möglichst viele Menschen geht.

Alle politischen Parteien gehen nach wie vor davon aus, dass Wirtschaftswachstum für eine nachhaltige Entwicklung und zur Lösung der globalen Probleme, zum Beispiel der Bekämpfung des Klimawandels und der wachsenden Armut, unabdingbar ist. Das gilt auch für den „Green Growth-Ansatz“, beziehungsweise den neuen grünen Gesellschaftsvertrag, den Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 beschlossen hatten.²⁰

Der entsprechende Entwurf geht zwar davon aus, dass ökologische, wirtschaftliche und soziale Probleme nur im Zusammenhang nachhaltig gelöst werden können, setzt aber darauf, dass mit technischem Fortschritt und Investitionen in effiziente, erneuerbare Energietechnologie eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch möglich ist. Dieser Ansatz wird auch von der Europäischen Kommission²¹ und inzwischen in vielen anderen Ländern weltweit verfolgt. In der Praxis sind aber die notwendige Entkopplung und ein deutlicher absoluter Rückgang von Ressourcenverbrauch und Ausstoß von Treibhausgasen bisher nicht annähernd erreicht worden.

Im Kern setzt die „neue, grüne Wachstumspolitik“ auf die Produktion und den massenhaften Konsum von neuen „umwelt- bzw. klimafreundlichen“ Produkten. Dies halten namhafte Wissenschaftler allerdings für einen Irrweg. Sie verweisen dabei vor allem auf die regelmäßig auftretenden Rebound-Effekte, die dazu führen, dass Gewinne an Energieeffizienz und damit einhergehende Kostensenkungen durch eine absolute Steigerung des Verbrauchs überkompensiert werden.

Tim Jackson plädiert für eine Dematerialisierung von Wirtschaftsleistungen und eine Fokussierung auf Dienstleistungen, wie zum Beispiel die Bereitstellung von „Energie- und Mobilitätsdienstleistungen“ anstelle von Produkten.²²

Tim Jackson²³, ebenso wie Angelika Zahrdt und Irmi Seidel²⁴ und die Herausgeber der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“²⁵, stellen die Notwendigkeit eines ordnungspolitischen und gesellschaftlichen Wandels in den Mittelpunkt und fordern zu einer konsequenten Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Wohlstand und Wachstum heraus, die über ergänzende Indikatoren zum BIP deutlich hinausgeht.

Ausnahmslos stellen die Autorinnen und Autoren fest, dass dies eine neue Auseinandersetzung auch mit Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen sowie mit dem Verständnis von fairem Wettbewerb und eine Abkehr vom primär kapitalgetriebenen Wirtschaften umfassen muss.

ANSPRUCHSVOLLER PARADIGMENWECHSEL

Die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit einer grundsätzlichen, strukturellen Reform der wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik verbunden sind, können gar nicht überschätzt werden. Insbesondere die Gestaltung der relativ langen Übergangs- oder Transformationsphasen, stellt hohe Anforderungen an die Stabilität von Gesellschaften und an die grenzüberschreitende Solidarität zwischen wohlhabenden und armen Ländern.

Die Einsicht, dass in einer globalisierten Welt mittel- und langfristig nur gemeinsames Handeln zu einer nachhaltigen Lösung der Probleme führt, bewahrt noch nicht davor, dass einzelne Länder mit Blick auf gegenwärtige Wettbewerbsvorteile aufgrund ökonomischer oder politischer Macht setzen und versuchen, diese zu erhalten oder auszubauen. Aufgrund der sich dadurch notwendigerweise verstärkenden Ungleichgewichte und der durch die globalen Krisen offenbar gewordenen Verflechtungen und Abhängigkeiten, kann dies aber keine dauerhafte und wohl auch keine friedliche Lösung sein.

Die Voraussetzungen für den erforderlichen Richtungs- und Paradigmenwechsel sind vielfach beschrieben worden. Entscheidend da-

für sind finanziell und politisch handlungsfähige Staaten, die für eine Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte sorgen sowie für eine transparente Steuerpolitik, die Steueroasen und Schattenwirtschaft verhindert und den Staaten die erforderlichen Einnahmen für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben und den Schutz öffentlicher Güter, beziehungsweise die Verhinderung einer Übernutzung von Gemeingütern²⁶, zur Verfügung stellt.

Weiter müssen durch internationale Vereinbarungen Strukturen und Institutionen geschaffen werden, die den Verbrauch natürlicher Ressourcen und die Emission von Schadstoffen wirksam regulieren und kontrollieren. Dazu gehört vor allem eine Erweiterung der Erfassung von negativen externen Effekten auf das Natur- und Sozialkapital der Erde. Allein die zulasten des Naturkapitals abgewälzten Kosten wurden in einer Studie im Auftrag der UNEP Finance Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen für 2008 auf 6,6 Billionen US-Dollar beziffert, was rund elf Prozent des Weltsozialprodukts entsprach.²⁷

Bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik wird bis 2050 von externalisierten Kosten zulasten der Natur in Höhe von 18 Prozent des Weltsozialprodukts ausgegangen.²⁸ Gerhard Scherhorn und andere schlagen daher vor, das Verschweigen von Externalisierungen in die durch das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) verbotenen Handlungen aufzunehmen und eine entsprechende Formulierung auch der „Schwarzen Liste“ der EU-Richtlinie 2005/29 über unlautere Geschäftspraktiken im Binnenmarktverkehr hinzuzufügen.²⁹

Dies sind nur wenige Beispiele, die aber als exemplarisch für eine zukunftsfähige, gemeinsame Wirtschaftspolitik betrachtet werden können.

Entscheidend für deren Erfolg wird sein, dass Regierungen und Bürgerinnen und Bürger die Angst vor den erforderlichen, strukturellen Veränderungen überwinden und sich den damit verbundenen Fragen nach Verteilungsgerechtigkeit, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene, stellen. Gemeinsam müssen Antworten auf die Frage gefunden werden, wie für möglichst viele Menschen wirtschaft-

liche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden können, welche die Voraussetzungen für Gedeihen und Entwicklung menschlicher Fähigkeiten und Ressourcen bieten und nicht den Konsum von immer neuen Produkten als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ein erfülltes Leben postulieren.

„Wir haben uns eingeredet, permanentes Wirtschaftswachstum sei die Antwort auf alle Fragen. Solange das Bruttoinlandsprodukt wächst, so die Logik, können wir alle Ansprüche finanzieren, die uns so sehr ans Herz gewachsen sind – und zugleich die Kosten dafür aufbringen, dass wir uns auf eine neue Welt einstellen müssen. Die Finanzmärkte waren Wachstumsmaschinen. Sie liefen lange gut. Deshalb haben wir sie in Ruhe gelassen. Das Ergebnis waren Entgrenzung und Bindungslosigkeit.“

Jetzt erleben wir, dass es der Markt allein nicht richtet. Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt. Marktwirtschaft lebt vom Wettbewerb und von der Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Sie lebt von Verantwortung und persönlicher Haftung für das eigene Tun; sie braucht Transparenz und Rechtstreue.

Auf all das müssen die Menschen vertrauen können. Dieses Vertrauen ist jetzt erschüttert. Den Finanzmärkten fehlte eine ordnende Kraft. Sie haben sich den Staaten entzogen. Die Krise zeigt uns: Schrankenlose Freiheit birgt Zerstörung. Der Markt braucht Regeln und Moral“ (Auszug aus der Berliner Rede 2009 von Bundespräsident Horst Köhler).³⁰

Die Probleme einer primär wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik sind erkannt. Es ist vor allem eine Frage des politischen Willens, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen und die vorgeschlagenen Lösungsansätze zu konkretisieren und in verbindliche Regelungen zu überführen.